

**Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände
2014,**

**Bericht des Vorsitzenden der Bayerischen Chemieverbände
Herrn Dr. Günter von Au**

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Mitglieder, verehrte Gäste,

ich eröffne hiermit den öffentlichen Teil der diesjährigen Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände und begrüße Sie herzlich.

Als erstes möchte ich den diesjährigen Gastredner, Herrn Jochen Homann, Präsident der BundesNetzAgentur begrüßen.

Erlauben Sie mir, dass ich auch einige weitere Persönlichkeiten namentlich begrüße.

Bevor ich das Wort an unseren Gastredner, Herrn Homann, übergebe, möchte ich die Gelegenheit nutzen und selbst ein paar Worte an Sie richten:

Meine Damen und Herren,

warum verdient ein Frisör in Deutschland eigentlich das 50- bis 100-fache eines Frisörs in, beispielsweise, Myanmar?

Die Leistung – ein Haarschnitt – ist durchaus vergleichbar. Die Qualität ist ähnlich, die Dauer für den Haarschnitt ist ähnlich, es gibt keine Kartelle oder Preisabsprachen und in beiden Ländern sind Angebot und Nachfrage ausgeglichen.

Trotzdem verdient ein Frisör in Deutschland ein Vielfaches. Er kann sich eine Wohnung mit Kühlschrank und Fernseher leisten - und vielleicht ein Auto oder sogar einen Urlaub in Myanmar.

Der Frisör in Myanmar kann sich das meiste davon nicht leisten. Sicher jedenfalls keinen Urlaub in Deutschland.

Warum ist das so?

Meine Damen und Herren,

der Grund liegt darin, dass es in der deutschen Volkswirtschaft im letzten Jahrhundert gewaltige Produktivitätssteigerungen gegeben hat, die eine burmesische Volkswirtschaft nicht hatte.

Denn die Erhöhung der Produktivität in Teilbereichen einer Volkswirtschaft führt zunächst dort zu Gehaltssteigerungen und in der Folge zu einer allgemeinen Erhöhung Gehälter und damit zu mehr Wohlstand in der gesamten Volkswirtschaft.

Und wenn Sie fragen, wo die Erhöhung der Produktivität erfolgt, dann lautet die Antwort "in der Industrie"!

Durch den Einsatz von Maschinen, durch Skaleneffekte – durch "economies of scale and scope", wie der Angloamerikaner sagt; sprich: durch Industrialisierung – sind die Produktivitätssteigerungen möglich gewesen, die zum heutigen Gehaltsniveau geführt haben. Auch und insbesondere in der chemischen Industrie. Die meisten Dienstleistungsbranchen, z.B. Frisöre, können nur sehr schwer automatisieren oder von signifikanten Skaleneffekten profitieren.

Ein wesentlicher Grund für das hohe Gehaltsniveau und den damit verbundenen Wohlstand liegt also in unserem hohen Industrialisierungsgrad in Deutschland. Der Grund für unseren Wohlstand ist vor allem eine starke Industrie.

Wenn heute jemand "Industrieland" sagt, meint er meist ein Land mit Wohlstand. Er sagt "Industrieland", um es von den "Entwicklungs-" und "Schwellenländern" zu unterscheiden. Dass der Grund für den Wohlstand aber tatsächlich die Industrie ist – in Deutschland insbesondere auch die chemische Industrie – ist demjenigen in diesem Moment oft gar nicht klar.

Meine Damen und Herren,

wenn wir unseren Wohlstand sichern oder ausbauen wollen, müssen wir die Industrie sichern oder ausbauen.

Der einzige Weg dahin ist, die Rahmenbedingungen für unsere Industrie zu erhalten oder zu verbessern. Natürlich nachhaltig, nicht auf Kosten zukünftiger Generationen, weder im Sozialen noch auf Kosten von Umwelt und Natur.

Getrieben von Ideologien oder wegen Überbewertung einzelner Aspekte oder wegen einer "öffentlichen Meinung", die vermeintlich die Stimmung der Bürger widerspiegelt oder, weil es ein Wahlversprechen war und seinen Weg in den Koalitionsvertrag gefunden hat, passiert leider das Gegenteil:

Wir verschlechtern – ohne Not – die Rahmenbedingungen.

Beispielsweise bürden die Rente mit 63 und die Mütterrente unseren Sozialsystemen unnötigerweise hohe Kosten auf, die völlig fehlgeleitete Energiewende verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit gerade unserer Branche massiv, ohne allerdings dem Klima zu helfen und gleichzeitig werden an verschiedenen anderen Stellen die guten Errungenschaften der Agenda 20-10 zunichte gemacht – Stichwort: Mindestlohn oder die erwähnte Rente mit 63.

Meine Damen und Herren,

die deutschen Steuereinnahmen sprudeln immer noch. Die Arbeitslosenquote ist deutlich zurückgegangen.

Auch die chemische Industrie hat mit einem Anstieg der Beschäftigten um 0,8%, in Bayern sogar 1,5% dazu beigetragen. Und auch der Umsatz der chemisch-pharmazeutischen Industrie stieg um 2%. Man könnte meinen, es läuft gut.

Wenn man allerdings sieht, dass in der Chemie ohne Pharma die Produktion gerade mal um ein halbes Prozent gestiegen ist, während der Umsatz stagnierte, die Preise also nachgelassen haben und, wenn man sieht, wie die Rahmenbedingungen in anderen Regionen, insbesondere USA, für eine Reindustrialisierung sorgen, dann kann man die Situation in Deutschland auch mit Sorge betrachten.

Durch die Niedrigzinspolitik sind natürlich die Finanzierungskosten unserer Unternehmen – wie die unserer Staatshaushalte – gesunken. Aber die Zinsen sind andernorts auch niedrig. Und wenn man den neuesten Arbeitsmarktzahlen der USA Glauben schenkt, ist die USA in einem stabilen konjunkturellen Aufschwung – befeuert von niedrigen Gas- und Stromkosten. Befeuert durch eine Fördertechnologie namens Fracking.

Während in den USA eine kleine industrielle Revolution, zumindest aber eine signifikante Reindustrialisierung stattfindet, zerfleischen sich die Europäischen Länder untereinander, arbeiten gegen statt miteinander, und verhindern die eigentlich angestrebte europäische Reindustrialisierung.

Brüssel wirft immer wieder dem eigentlichen Zugpferd der europäischen Wirtschaftskraft, Deutschland, Knüppel zwischen die Füße mit dem Argument damit Wettbewerbsverzerrung zu unterbinden.

Gerade in der Chemie ist die Gefahr, dass die Konkurrenz aus USA stärker wird weit größer als die Chance vom dortigen Aufschwung zu profitieren.

Meine Damen und Herren,

die Bayerischen Chemieverbände setzten sich mit großer Anstrengung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für unsere Mitgliedsfirmen erhalten und verbessert werden. Dafür beschäftigen sie sich mit einem breiten Spektrum von Themen. Ich möchte jetzt nur ein paar davon herausgreifen, die mir besonders am Herzen liegen:

- [1. Forschung und Innovation,
- 2. Umweltschutz und Nachhaltigkeit sowie
- 3. die Energiepolitik.]

Gerade bei sich verschlechternden Rahmenbedingungen für die Produktion, ist die Innovationskraft ein wettbewerbsentscheidender Faktor. Nur, wenn wir es schaffen, schneller und besser als andere zu sein, können wir langfristig im Wettbewerb bestehen.

Wenn wir bei Rohstoff-, Energie- und Personalkosten sowie beim Erfüllungsaufwand für Gesetze – der Bürokratie – im Wettbewerb zurückfallen, ist das wichtigste "Kapital" Bildung, Know-How und Technologie. Deshalb fordern wir schon lange, dass mittels steuerlicher Forschungsförderung unbürokratisch Innovationen unterstützt werden – insbesondere in kleinen und mittleren Firmen.

Ich stelle immer wieder fest, dass es einerseits einen großen Durst nach Innovationen gibt – Bayern als Technologie-, Biotech- und Innovationshochburg – es andererseits eine große Sorge in der Öffentlichkeit bei technischen Neuerungen gibt, die eine Umsetzung in unserem Land behindern oder sogar unmöglich machen.

Nanotechnologie, Gentechnik und Fracking, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Dabei waren es insbesondere die technischen und die chemischen Innovationen, die Deutschland wirtschaftlich so stark gemacht haben. Gerade Chemieunternehmen sind in der Lage verantwortungsvoll mit Risiken umzugehen.

Risiken beherrschbar zu machen und Chancen daraus zu nutzen gehört zum Kerngeschäft der chemischen Industrie und ist Basis jeder Innovation.

Meine Damen und Herren,

die chemische Industrie hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch gewandelt. Viele wichtige Entwicklungen zum Immissionsschutz, Gewässer- und Bodenschutz – auch zum Arbeits- und Verbraucherschutz – haben stattgefunden.

Heute fügen sich die Standorte der Unternehmen häufig unauffällig in eine sehr naturnahe Kulturlandschaft. Der Umweltschutz hat ein Niveau erreicht, das weltweit seinesgleichen sucht.

Es ist Zeit, dass wir beim Thema Nachhaltigkeit neben dem Umweltschutz, die andern Dimensionen der Nachhaltigkeit stärker in unser Handeln einbeziehen. Denn erstens tragen auch die Produkte der chemischen Industrie zum Umweltschutz bei und zum anderen ist ein Umweltschutz, der die ökonomische und soziale Dimension vernachlässigt eben nicht nachhaltig. Wir dürfen nachfolgenden Generationen weder eine zerstörte Umwelt hinterlassen, noch dürfen wir ihnen die wirtschaftliche Basis zum Leben nehmen.

Sie haben alle von der groß-angelegten Initiative "Chemie hoch 3" gehört. "Chemie hoch 3" ist nicht nur ein starkes Commitment der Chemischen Industrie zu Nachhaltigkeitsthemen, sondern stellt die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, Ökologie, Ökonomie und Soziales in einen klaren Zusammenhang

Es gibt mittlerweile einige Beispiele, bei denen die Umwelt- oder Verbraucherschutzgesetzgebung nicht zu mehr Umwelt- und Verbraucherschutz sondern lediglich zu höheren Belastungen der Industrie führt oder führen würde. Beispielsweise das Nano-Register. Hier brauchen wir mehr Augenmaß.

Ich betone es noch einmal: Es geht in keinster Weise darum weniger Umweltschutz zu betreiben, sondern ausdrücklich darum, ihn mit Augenmaß und effizient umzusetzen. Die Bürokratie dabei darf nicht wettbewerbsschädlich sein, um unseren Standort Bayern nicht zu gefährden und ein anderes Risiko zu fördern: Deindustrialisierung.

Die größte Gefahr für unseren Wirtschaftsstandort ist derzeit allerdings eine ganz andere: Die Energiewende.

Der Ideologie folgend, dass mehr erneuerbare Energien im System automatisch dafür sorgen, dass insgesamt weniger CO₂ in die Atmosphäre gelangt, wurde in Deutschland ein Monster namens EEG geschaffen. Es ist offensichtlich nicht mehr kontrollierbar. Das Monster bedroht jetzt ernsthaft unsere wirtschaftliche Basis.

Leider hat die Ideologie, die es erschaffen hat, einen kleinen Schönheitsfehler: Sie ist falsch. Gerade im Strommarkt können Erneuerbare Energien derzeit nicht zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen führen, denn gerade Stromerzeugungsanlagen unterliegen dem ETS, dem European Trading Scheme, das die CO₂-Emissionen auf europäischer Ebene definiert (!) – nach oben wie nach unten.

Und so stehen wir jetzt vor dem Scherbenhaufen unseres Energiepolitischen Ziel-Dreiecks: Die Strompreise steigen und steigen. Unsere Branche wird damit extrem im Wettbewerb benachteiligt. Wir tun damit gleichzeitig nichts fürs Klima, sondern bedrohen unsere Versorgungssicherheit und erhöhen die Kosten. Gerade in Bayern ist das Problem der Versorgungssicherheit besonders ernst, denn wir haben heute noch einen Atomstromanteil von etwa 50%.

Das heißt: Leitungen müssen gebaut werden! Das gefällt vielen nicht, auch wenn es nur die logische Konsequenz ist.

Muss denn erst ein großer Blackout kommen, damit alle wach werden? Müssen denn erst Firmen pleitegehen und Arbeitsplätze für immer aus Deutschland verschwinden, bevor gegengesteuert wird?

Noch bevor das EEG 2.0 verabschiedet ist, wird klar, dass wir ein EEG 3.0 brauchen. Der Strompreis muss wieder in wettbewerbsfähige Höhe kommen, wir brauchen eine europäische Harmonisierung der Fördersysteme und wir dürfen den europäischen Strommarkt nicht ganz kaputtmachen.

In Deutschland haben wir schon heute keinen funktionierenden Strommarkt mehr. Der Markt sendet die falschen Signale an die Marktteilnehmer. Obwohl gerade Regelenergie aus modernen Gaskraftwerken dringend benötigt würde – insbesondere mittel und langfristig – rentieren sich diese Kraftwerke nicht – neue werden nicht gebaut.

Schon ist die Rede von Kapazitätsmärkten um das Symptom zu bekämpfen. Die Krankheit ist aber das an allen Regeln der Sozialen Marktwirtschaft vorbei wirkende Fördergesetz für Erneuerbare Energien.

Wenn man die Soziale Marktwirtschaft einmal verlassen hat und planwirtschaftliche Strukturen etabliert hat, helfen leider keine Salbe und keine Pille mehr.

Nun haben wir fluktuierende Stromerzeugung in großer Menge aus Windkraftanlagen im Norden und die Verbraucher im Süden.

In Bayern werden bis 2022 etwa 50% der Stromerzeugungskapazität nicht mehr zur Verfügung stehen und schon jetzt sind die Leitungen aus dem Norden manchmal zu dünn.

Die Bayerische Industrie, insbesondere die besonders energieintensive chemische Industrie, macht sich große Sorgen um die Versorgungssicherheit und – natürlich – um den Strompreis. Beides hängt zusammen.

Ich freue mich außerordentlich, dass wir für unsere Mitgliederversammlung den Präsidenten der BundesNetzAgentur, Herrn Jochen Homann, als Referenten gewinnen konnten.

Es gibt kaum jemanden der die Frage der Versorgungssicherheit in Bayern, auch die Stromqualität – und die politische Diskussion darum besser beleuchten und erklären kann als er.

Jochen Homann ist seit dem 01. März 2012 Präsident der Bundesnetzagentur in Bonn. Davor war er als Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie für die Energie-, Industrie- und Technologiepolitik zuständig. Von 2006 bis 2008 war er Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik, nachdem er das außenwirtschaftspolitische Grundsatzreferat sowie das Referat "Wirtschafts- und strukturpolitische Forschung" geleitet hatte. Von 1991 bis 2001 leitete Jochen Homann im Bundeskanzleramt das Grundsatzreferat in der Abteilung Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Sehr geehrter Herr Homann, nochmal herzlich willkommen, ich freue mich, dass Sie hier sind und darf Ihnen hiermit das Wort übergeben...